

Titel: Auf dem weiten Weg zur Gleichwürdigkeit, Rezension zu: Boban, Ines; Hinz, Andreas (Hrsg.): Inklusion und Partizipation in Schule und Gesellschaft: Erfahrungen, Methoden, Analysen (2020)

Autor_innen: Jörg Bratz, Dietlinde H. Vanier

Originalquelle: Rezension erschienen 2021 auf bidok – behinderung inklusion dokumentation

Releaseinfo: bidok – behinderung inklusion dokumentation (29.06.2021)

bidok ist eine digitale Bibliothek zu Behinderung und Inklusion. Sie bietet Open Access zu Erst- und Wiederveröffentlichungen von Artikeln, Aufsätzen, Monographien, Berichten und Vorträgen. Originaltexte werden in einem neuen Layout in barrierefreie PDF-Dokumente umgewandelt und gelten als eigenständige bibliographische Manifestationen. bidok wird vom Sozialministeriumservice Tirol gefördert und ist am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Innsbruck angesiedelt.

Zitationsvorschlag:

Bratz, Jörg; Vanier, Dietlinde H. (2021/2021): Auf dem weiten Weg zur Gleichwürdigkeit, Rezension zu: Boban, Ines; Hinz, Andreas (Hrsg.): Inklusion und Partizipation in Schule und Gesellschaft: Erfahrungen, Methoden, Analysen (2020). Original erschienen 2021 auf bidok – behinderung inklusion dokumentation. Online verfügbar in der digitalen Bibliothek *bidok – behinderung inklusion dokumentation* seit 2021, 7 Seiten

Auf dem weiten Weg zur Gleichwürdigkeit, Rezension zu: Boban Ines; Hinz, Andreas (Hrsg.): Inklusion und Partizipation in Schule und Gesellschaft: Erfahrungen, Methoden, Analysen (2020).

Jörg Bratz, Dietlinde H. Vanier

Schlagworte

Gesellschaft, Inklusion, Partizipation, Pädagogik, Schule, Schulentwicklung

Inhalt

Auf dem weiten Weg zur Gleichwürdigkeit..... 1

Wenn wir ein Buch lesen, dann lesen unsere Erfahrungen und Einstellungen mit, all das, was wir über wissenschaftliche und politische Diskurse wissen, über historische und aktuelle Entwicklungen. Das gilt auch, wenn am Ende eine Rezension steht. Wir haben uns zu einer Doppelrezension des von Ines Boban und Andreas Hinz herausgegebenen Bandes „Inklusion und Partizipation in Schule und Gesellschaft“ entschieden, um dem Perspektivenreichtum des Bandes zu entsprechen – und um verschiedene Sichtweisen einzubringen.

Boban und Hinz gehören zu jenen, die der widersprüchlichen Inklusionsdiskussion seit vielen Jahren Konturen geben. Einer breiteren Öffentlichkeit wurden sie spätestens 2003 mit der von ihnen für deutsche Schulen bearbeiteten und herausgegebenen Fassung des Index für Inklusion von Booth und Ainscow bekannt. Es folgten etliche Bände – u.a. zur Entwicklung der Ganztagschule mit dem Index (2012), zum Lernen durch Vielfalt (2015), zu Erfahrungen mit dem Index für Inklusion in Kita und Grundschule (2015), zur Arbeit mit dem Index für Inklusion in weiterführenden Schulen und der Lehrer*innenbildung (2016), der Band „Inklusive Bildungsprozesse gestalten“ (2017) und 2020 der hier rezensierte Band. Die – unvollständige – Aufzählung weist für die Bildungswissenschaftlerin nicht nur auf inklusionspädagogische Expertise hin, sondern auch auf eine Haltung, die bedingungslose Gleichwürdigkeit (wie Jesper Juul es formuliert) meint und konsequent, ideenreich und pragmatisch auf dieses noch weit entfernte gesellschaftliche Ziel hinarbeitet.

In ihrer Einführung in das Buch „Inklusion und Partizipation in Schule und Gesellschaft“ stellen die Herausgeber*innen Ines Boban und Andreas Hinz fest, „Schule ist eingebunden in gesellschaftliche Interessen und agiert in Widersprüchen...“. Sie fänden es „... überraschend, wenn Gesellschaften mit einer kapitalistischen Verwertungslogik und langen hierarchischen Traditionen sich ohne massives

Knirschen zu deutlich mehr Inklusion in Bildung und Beschäftigung bewegten.“ Sie plädieren für basale Orientierung und pragmatische Schritte, die beide im Blick behalten werden müssen. Und das leistet dieses Buch: Beide Aspekte werden in den 30 Beiträgen (auf ausgewählte wird im Folgenden eingegangen, ohne die Bedeutung nicht besprochener Beiträge schmälern zu wollen), mit Einblick in den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs anhand von Gelingensbeispielen aus der Praxis ausführlich abgebildet. Hervorzuheben sind die Buchbeiträge von betroffenen Eltern über eigene Erfahrungen mit Inklusion, wie sie in Deutschland bisher umgesetzt wird.

Wie geht es dem Schulpraktiker, der an einer staatlichen Grundschule arbeitet und Inklusion und Partizipation für die zentralen Anforderungen an das Schulsystem hält, nach der Lektüre dieses Buches? Gut geht es! Denn der Blick auf das Machbare nutzt sich in der täglichen Auseinandersetzung innerhalb der institutionell gesetzten hierarchischen Grenzen in der Praxis ab. Die vielen Beiträge geben neue Impulse und zeigen auf, was trotzdem möglich ist. Mut machen die vorgestellten Beispiele gelingender Partizipation und Inklusion aus Schulen, darunter auch staatliche Schulen.

Gut geht es ihm auch, weil in den Beiträgen die in Bezug auf Schule und Gesellschaft untrennbaren Begriffe Inklusion und Partizipation zwar aus vielen unterschiedlichen Blickwinkeln behandelt werden, die aber alle in die eine Richtung münden: Inklusion ist ein Menschenrecht, wie u.a. Sandra Reitz in ihrem Beitrag klarstellt. Und nicht nur bei Peter Tiedeken wird deutlich, dass Partizipation ein elementarer Bestandteil inklusiver Pädagogik ist.

Mit Blick auf die realen Richtungskämpfe in der Schulpolitik, wie Inklusion umzusetzen ist, braucht es Klarstellungen, die dieses Buch bietet. Die Tatsache, dass vielerorts in Deutschland wieder Förderschulen z.B. mit dem Förderschwerpunkt Lernen entstehen oder am Leben erhalten werden, zeigt den Einfluss derer, die im Grunde an den überkommenen Gliederungsstrukturen des Schulsystems festhalten und sich somit der Umsetzung des Menschenrechts Inklusion trotz wissenschaftlich belegbarer Eindeutigkeit entgegenstemmen. Aus eigener täglicher Erfahrung können manche Schulpraktiker*innen berichten, dass noch immer viele Pädagog*innen in Kita und Grundschule Eltern von Kindern mit Behinderung raten, diese seien außerhalb der Regelschule besser aufgehoben. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen aber für alle Schüler*innen in der inklusiven Schule eine Win-Win-Situation mit darüber hinaus gehender positiver Tendenz, wie Barbara Jürgens in ihrem Beitrag herausstellt. Dieses Wissen ignorieren in der Verantwortung stehende Bildungspolitiker*innen beharrlich. Im Gegenteil wird beispielsweise in Niedersachsen die Umsetzung der Inklusion in Regionalen Zentren für Inklusion (RZI) weitgehend Pädagog*innen mit Förderschullehramt überlassen, die aber in der Regel nicht für Inklusion, sondern für Exklusion ausgebildet sind.

Dem Schulpraktiker tut es deshalb auch gut, bei Peter Tiedeken zu lesen: „Im Zuge der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention BRK ist diese Form der Sonderbeschulung von Menschen mit Behinderung nun grundsätzlich zur Disposition gestellt.“ Er gibt Aussagen aus dem Armutsbericht 2017 wieder, wonach Förderschulen mit den bildungsbezogenen Gleichheitsprinzipien der Behindertenrechtskonvention nicht vereinbar seien. Das diskriminierende Aussortieren von Schüler*innen aus dem allgemeinen Schulsystem verweigere jede Chance auf Bildungserfolg.

Es ist aber das Bemühen um Chancengerechtigkeit, das eine demokratische Schule – und Gesellschaft – auszeichnet. Wir wissen, dass Deutschland dabei noch nicht sehr weit vorangekommen ist, und die von Boban und Hinz eingangs erwähnte kapitalistische Verwertungslogik im Einklang mit selektierenden Strukturen und traditionellen Hierarchien lässt sich zu empirisch begründeten Erklärungsansätzen und Handlungsstrategien entfalten.

In diesem Sinne stellt auch Barbara Jürgens in ihrem Beitrag dar, welche weitreichenden Folgen die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention für das deutsche Bildungssystem hat: Es geht nicht nur um die Forderung nach gemeinsamer Beschulung behinderter und nichtbehinderter Kinder, sondern auch um die Sichtweise auf Behinderung, die dahinter steht. Dabei habe die Schule nicht nur die Aufgabe, sich um kognitive Fähigkeiten zu kümmern, vielmehr müssen „...sozial-emotionale Bedürfnisse und Prozesse wie z.B. soziales Eingebundensein oder Wohlbefinden“ in den Blick genommen werden.

Barbara Jürgens berichtet von jüngeren Studien, die Behinderung als ‚Teilaspekt menschlicher Vielfalt‘, also als Normalfall, werten und zunehmend weitere Diversitätsmerkmale wie soziale Schicht, Sprache oder Migrationshintergrund einbeziehen. Zu Recht kritisiert Jürgens hier die fehlenden Standards der Bundesländer bei der Feststellung eines Förderbedarfs.

Das ist aus schulpraktischer Sicht eine spannende Entwicklung, bedeutet sie doch die Notwendigkeit, veränderte Kriterien zur Feststellung eines Förderbedarfs zu definieren. Jede Lehrkraft mit etwas Berufserfahrung kennt Fälle, in denen Kinder ‚behindert gestempelt‘ werden, damit die Schule an Unterstützungsressourcen gelangt. Die tatsächliche Ursache der Beeinträchtigung, nicht selten das bildungsferne und/oder sozial problematische familiäre Umfeld, wird dabei einfach ausgeblendet. Betroffene Kinder werden in eine bürokratische Form gepresst, indem eine der vorher festgelegten möglichen Diagnosen Anwendung findet. Daraus resultiert bei vielen Eltern betroffener Kinder, vor allem bei denen mit Verhaltensauffälligkeiten, eine starke Abwehr, weil eine Stigmatisierung befürchtet wird, die sich schließlich nicht selten bewahrheitet.

Spannend geht es im Beitrag von Barbara Jürgens weiter. Sie berichtet über zahlreiche neue Studien, die belegen, dass Schüler*innen mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf an inklusiven Schulen in ihrer kognitiven Entwicklung nicht schlechter abschneiden als jene in exklusiven Systemen. Sie erreichen allerdings häufiger einen regulären Schulabschluss und wechseln öfter in reguläre Ausbildungsberufe. Darüber hinaus fühlen sich Kinder mit einem Förderbedarf in inklusiven Systemen wohl, gut integriert und akzeptiert.

Was für ein Erfolg für inklusive Systeme! Das sollten doch auch die politischen Entscheidungsträger wahrnehmen und anerkennen, oder?

Clemens Dannenbeck und Carmen Dorrance gehen in ihrem Beitrag der Frage nach, „...welche Bedingungen die Verfasstheit des öffentlichen Bildungs- und Erziehungssystems bereithält, eine demokratischen Werten verpflichtete Persönlichkeitsbildung zu fördern...“ Sie kritisieren Äußerungen des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner zur Fridays for Future-Bewegung. Ihrer Ansicht nach spricht Lindner der Bewegung die Fähigkeit ab, globale Zusammenhänge zu durchschauen und politische Konsequenzen abzuleiten. Laut Lindner sei das „...eine Sache für Profis.“ Eine Einladung an die junge

Generation zur Beteiligung an demokratischer Willensbildung und zur Übernahme politischer Verantwortung hat Lindner damit sicherlich nicht ausgesprochen. Dazu passend bieten Dannenbeck und Dorrance den Leser*innen eine schlüssige Erklärung an für das, was allgemein ‚Politikverdrossenheit‘ unter Jugendlichen genannt wird. Sie gehen davon aus, dass im Rahmen politischer Bildung und Erziehung zur Mündigkeit (vor-)schulische Partizipationserfahrungen eine entscheidende demokratiethoretische Funktion haben. In deren Ausbleiben könne ein gewichtiger Anteil an gegenwärtigen demokratischen Krisenerscheinungen gesehen werden. Sie plädieren für eine Demokratisierung von Institutionen, auch Bildungsinstitutionen, von Anfang an über den gesamten Verlauf von Bildungsbiografien, damit Demokratie als „...fortgesetzt zu verteidigendes und anzustrebendes Gut“ erlebt wird.“

Da merkt der im staatlichen Schulsystem praktizierende Pädagoge auf und versucht sich vorzustellen, wie eine wirklich demokratisch organisierte Schule, aber auch eine demokratische Schulbehörde, ein demokratisches Kultusministerium aussehen könnte und taucht ein in eine ganz andere Welt.

Eine andere Facette demokratischen Lernens diskutiert Thomas Kremers in seinem Beitrag „Kooperatives Lernen für mehr Partizipation in einer inklusiven Schule“. Kremers beschreibt eindrücklich, dass Kinder und Jugendliche sich Demokratiekompetenz aktiv aneignen müssen, dass es Aufgabe von Schule ist, Demokratie erfahrbar zu machen und Kontroversität abzubilden. Dies kann in strukturierter, als produktiv erlebter Teamarbeit erfolgen und beinhaltet das Akzeptieren des Mehrheitsprinzips bei gleichzeitigem Respektieren von Minderheitenrechten. Diese mehr als wünschenswerte (gesellschaftliche) Vorstellung realisiert sich allerdings nicht nebenbei, sondern durch kluge und konsequente Lehrer*innenimpulse, durch eine zunehmende Verantwortungsübernahme jeden Teammitglieds für das Teamergebnis und gegenseitige positive Abhängigkeit voneinander auf der Schüler*innenseite, durch eine Habitusänderung und kooperative Praktiken auf der Lehrer*innenseite.

Es sind nicht zuletzt die – von Kremers und anderen Autorinnen und Autoren des Bandes vorgenommenen – Verweigerungen allzu „naheliegender“ Lösungen, die den Blick für das Wesentliche frei machen. Zugleich wird dabei deutlich, wie hoch der professionelle Anspruch, wie weit der Weg zum Normalfall inklusive Schule ist, in theoretischer wie in schulpraktischer Perspektive.

Ines Boban und Andreas Hinz bemängeln die verbreitete Vorstellung von Partizipation, dass nur wer partizipieren kann, mitmachen darf. Sie erkennen hierin einen Widerspruch zum Menschenrecht Inklusion. Sie monieren den Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention, der das Herauslesen der Voraussetzung einer aktiven ‚Partizipationsfähigkeit‘ ermöglicht.

Vor dem Hintergrund, dass zunehmend mehr Kinder mit geistigen Behinderungen die Regel-Grundschule, vermutlich weniger die Regel-Sekundarstufe besuchen, stellt sich die Frage, welche Antworten die Schulen, die sich den Anforderungen der Behindertenrechts- und der Kinderrechtskonvention stellen, finden.

Die Autor*innen merken an, dass, obwohl rhetorisch viel über Inklusion gesprochen wird, bildungspolitisch aber wenig für menschenrechtsbasierte Inklusion getan wird, einzelne (Schulen) mit Zivilcourage sich trotzdem immer wieder auf den Weg machen.

Wenn Ines Boban und Andreas Hinz das „Problem Partizipationsfähigkeit“ reflektieren, wird wiederum deutlich, wie erklärungsbedürftig das mit einem Zitat von Ruth Cohn unterlegte Denken in Ergänzungsdimensionen – noch – ist. Wann, wie, worin sehen wir die Möglichkeiten von Kindern mit hohem Unterstützungsbedarf? Wodurch sichern wir als Erwachsene für sie ein diagnostisches Mosaik, vermeiden Zuschreibungen? Inklusion meint ein einschränkungsloses Menschenrecht und die Verankerung in der eigenen Generation. Dafür sind partizipative Gestaltungsmöglichkeiten ebenso unabdingbar wie die Leitidee eines expansiv begründeten Lebens und der Überwindung von Defensivmodi. Mit eingestreuten Beschreibungen des Mädchens Sandra machen Boban und Hinz für ihre Leser*innen nachvollziehbar, was sie unter einem Habitus schützender Offenheit verstehen – und wie viel Zivilcourage teils erforderlich ist, um Zugehörigkeit immer wieder zu ermöglichen.

Davon berichtet auch Bettina Krück, auch sie zählt durch ihre seit 2019 stattfindenden virtuellen Inklusionskongresse zu den diskursprägenden Stimmen. Krück berichtet sowohl über eigenes Erleben mit exkludierenden Praktiken als auch über die Erfahrung, an einer (anderen) Schule umgehend als Expertin für ihr Kind ins pädagogische Team aufgenommen zu werden. Für Krück ist Förderschule kein Ort inklusiver Bildung, bezeichnet das entsprechende Elternwahlrecht eine in der UN-BRK nicht vorgesehene Verabschiedung vom gemeinsamen Lernen, einen dem gegliederten Schulsystem geschuldeten Widerspruch. Zu den eher bitteren Feststellungen gehört die, dass man sich – als Familie – je nach Wohnort Inklusion einfach leisten können muss. Auch in dem teils ernüchternden, teils ermutigenden Text von Krück mag vor dem von Boban und Hinz gegebenen Hinweis gelesen werden: je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher der Bedarf am Abbau von Barrieren.

Fragen der Elternpartizipation im Bildungswesen geht Hubert Hüppe nach – und auch in diesem Beitrag wird die rezensierende Bildungswissenschaftlerin über zu bedenkende Referenzpunkte in die weit gespannte Diskussion mit all ihren Widersprüchen hineingeführt. Natürlich steht eine inklusive Beschulung und die damit verbundene individuelle Förderung jeden Kindes den Abgrenzungsbemühungen einzelner Schulformen entgegen und wird als Bedrohung des jeweiligen Systems gesehen. Argumentiert wird nach Hüppe allerdings mit Lehrkräftemangel und Lehrerbildungsdefiziten. Die systemerhaltenden gesellschaftlichen und politischen Mechanismen werden hier transparent – und auch was Elternpartizipation unter derartigen Bedingungen bedeutet – und was nicht. Der Kreis schließt sich, wenn Eltern – immer wieder exkludiert auf dem Weg mit ihrem Kind in eine doch eigentlich menschenrechtlich verankerte inklusive Schule – für ihr Kind eine Sonderschule wählen, weil sie sich dort endlich aufgenommen fühlen.

Es zählt zu den Stärken des Bandes von Boban und Hinz, Partizipation aus sehr unterschiedlichen Perspektiven und Traditionslinien heraus darstellen und in einen gemeinsamen Diskussionsrahmen münden zu lassen.

Dass auch das gesprochene oder geschriebene Wort, das vermeintlich schülerfreundliche Arbeitsblatt Barrieren darstellen können, berichtet Marie-Luise Schütt in ihrem Beitrag über Universal Design for Learning, jenem schon in den 1980er Jahren von Rose und Meyer entwickelten Ansatz, eine Nutzung von z. B. Schulbuchexten für möglichst alle Lernenden zu ermöglichen. Schütt beschreibt den – für eine inklusive, Partizipation weitgehend ermöglichende Schule unerlässlichen – Blickrichtungswechsel von der „Disability of Learners“ zur „Disability of Schools“. Beim Universal Design for Learners geht es darum,

verschiedene Wege und Zugänge, Ausdrucks- und Unterstützungsmöglichkeiten vorzusehen, eine Art Partizipationsmatrix über das Unterrichtsgeschehen zu legen – und beispielsweise in barrierefreien digitalen Lernmaterialien mit ihren diversen Gestaltungsoptionen zu realisieren.

Eindrucksvolle Ermöglichungsdimensionen berichten Reinhard Stähling und Barbara Wenders im Kontext freien Forschens an der PRIMUS-Schule. Beiträge von Stähling und Wenders sind immer ein Geschenk – sowohl für den Schulpraktiker – und seine Kolleginnen – als auch für die Bildungswissenschaftlerin – und ihre Kollegen. Stähling und Wenders bewegen sich souverän in der Inklusionsdiskussion weiter und zeigen auch in diesem Beitrag – unter Einbeziehung von Holzkamps Ansatz zum expansiven Lernen -, wie groß die Gestaltungsspielräume sind, wie genau aber auch die Gelingensbedingungen solcher Forschungsprojekte beachtet werden müssen, damit Kinder derartiges leisten – und an derartigem teilhaben – können.

Es gibt noch einiges mehr zu entdecken in diesem nahezu 390 Seiten umfassenden Band – und es lohnt sich, auch wenn an dieser Stelle nicht sämtliche Aspekte, Autorinnen und Autoren erwähnt werden. Der Band sprengt in mancherlei Hinsicht „übliche“ Rahmen und entwickelt eben dadurch seine Anregungskraft. Er ist weder stringent noch fachsystematisch „durchdekliniert“. Boban und Hinz haben sich statt dessen die Freiheit genommen – und sie ihren Autorinnen und Autoren gelassen – Inklusion und Partizipation als einschränkungsloses, aber voraussetzungsvolles Menschenrecht zu betrachten.

Und genau das macht auch Sandra Reitz. Sie arbeitet in ihrem Beitrag heraus, dass „...eine Verankerung der Menschenrechtsbildung in Leitlinien, Qualitätsstandards, Bildungsplänen und Curricula der schulischen und frühkindlichen Bildung...“ nötig ist. Sie weist zu Recht in der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Ansätzen wie Demokratieerziehung, Historisches Lernen, Toleranzerziehung, Interkulturelle Bildung, Friedenspädagogik und Nachhaltige Entwicklung darauf hin, dass diesen Ansätzen eine explizite Anbindung an die Menschenrechte fehlt. Diese sind allerdings nach Reitz, im Gegensatz zu moralischen Appellen, eine wichtige Basis für den Empowerment-Prozess. Benötigt wird also eine Sichtweise auf Inklusion und Partizipation, die menschenrechtsbasiert (und deshalb unstrittig) ist. Sandra Reitz erkennt ein Gebot des subjektiven und rechtebasierten Verständnisses von Partizipation und leitet davon den Anspruch von Kindern und Jugendlichen auf Mitbestimmung ab.

Interessant ist der aktuelle politische Bezug. Gegenwärtig wird ein Gesetzentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) zur Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz scharf kritisiert, weil er genau das nicht vorsieht.

Anne Piezunka bezieht sich in ihrem Beitrag auf die Bedeutung der Gestaltung von Beziehungen zu Kindern und Jugendlichen in alltäglichen Interaktionen. In Anlehnung an Reichenbach versteht sie unter Partizipation die „Einbindung von Individuen in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse“. U.a. wird konform mit der UN-Kinderrechtskonvention das Ziel formuliert, eine spezifische Expertise, die Kinder und Jugendliche mitbringen, anzuerkennen. Piezunka erklärt die ‚Reckahner Reflexionen‘, zehn Leitlinien, die eine ethische Orientierung für pädagogische Fachkräfte geben sollen. Die Notwendigkeit dafür leitet sich von Ergebnissen empirischer Studien ab, die belegen, dass es in Kitas und Schulen zu seelischen Verletzungen durch pädagogische Fachkräfte kommt. Dass demnach ca. ein Fünftel aller

Interaktionen zwischen Pädagog*innen und Kindern und Jugendlichen verletzender Natur sind, überrascht dann doch! Also, liebes pädagogisches Fachpersonal: Ran an die ‚Reckahner Reflexionen‘!

Dorothea Schütze plädiert in ihrem Beitrag für ‚Aushandlungsprozesse‘ als ‚Kern Demokratischer Schulentwicklung‘ in Schulen. Ungewöhnlicher daher kommt wohl den meisten Leser*innen ein weiterer Beitrag von Ines Boban und Andreas Hinz über den Ansatz „Soziokratie als Form gemeinschaftlicher Entscheidungsfindung“. In solchen Schulen gibt es keine Strafen, es gibt einen ‚radikalen Respekt‘ anderen gegenüber, der zu einer ‚dialogischen Intelligenz‘ wachsen kann. Es werden nicht perfekte Lösungen angestrebt, sondern gemeinsame pragmatische Schritte, die von allen Beteiligten mitgegangen werden. Sehr interessante Ansätze! Es wundert allerdings wenig, dass letzterer laut den Autor*innen eher an Privatschulen in den Niederlanden praktiziert wird, weil das deutsche stark hierarchisch strukturierte Schulsystem solche Entwicklungen kaum möglich macht.

Boban und Hinz machen an mehreren Stellen in diesem Buch darauf aufmerksam, dass Anforderungen durch Inklusion und Partizipation an demokratischen Privatschulen aus verschiedenen Gründen eher umgesetzt werden können. Dem ist nicht zu widersprechen. Umso erfreulicher ist es, dass unter den Praxisbeispielschulen auch staatliche Schulen sind. Offenbar gibt es Gestaltungsspielräume, die willige Schulen entdecken und ausfüllen können. Was Mut machen sollte, Widersprüche des staatlichen Bildungssystems immer wieder zu benennen und auf allen zur Verfügung stehenden gesellschaftlichen und politischen Kanälen für positive Veränderungen zur Umsetzung von Inklusion und Partizipation einzutreten. Wissenschaftlich fundierte Argumente als Rüstzeug dafür bietet dieses Buch reichlich. Argumente, die auch außerhalb der Universitäten mehr verfangen sollten, die beispielsweise auch kommunalen Entscheidungsträger*innen erklärt werden müssen.

Unsere Gesellschaft befindet sich wohl noch lange Zeit auf dem weiten Weg zur Gleichwürdigkeit. Deshalb: Das massive Knirschen, es muss noch lauter werden!